

E-Control Austria
Abt. Ökoenergie und Energieeffizienz
Rudolfsplatz 13
1010 Wien

per e-mail: marktregeln@e-control.at

Graz, 11.2.2019

Stellungnahme der Energie Steiermark Business GmbH zum Entwurf der GaskennzeichnungsVO

Sehr geehrte Damen und Herren!

Gerne möchten wir, innerhalb der gesetzten Frist, wie folgt Stellung nehmen.

Wir begrüßen das Ansinnen, möglichst frühzeitig eine Orientierungshilfe für zukünftig verpflichtende Gaskennzeichnungen zu schaffen.

@ § 1 Regelungsgegenstand; § 10 Inkrafttreten

Wir halten fest, die im Gesetz festgelegte Mengenschwelle idHv 30 Mio. m³/a (§ 130 Abs 10 GWG) wurde bisher nicht erreicht, die Absätze (1) bis (4) des § 130 GWG (Labeling) finden daher de jure keine Anwendung!

Befremdend erscheint nun, dass für die zu begutachtende GaskennzeichnungsVO die Verordnungskompetenz im § 130 Abs 9 GWG 2011 zu finden sein soll. Eine - wie auch immer - verpflichtende Regelung vor Erreichen der Mengenschwelle, steht im Widerspruch zum Gesetz steht und ist unzulässig. Die zitierte Verordnungsermächtigt erfasst nur die Konkretisierung, nicht aber eine Erweiterung!

Solange das GWG diesbezüglich nicht novelliert ist, ist eine verpflichtende Regelung – auch über den unbestimmten Terminus „Freiwilligkeit“ - nicht mit der Hierarchie der Rechtsordnung in Einklang zu bringen.

Wir appellieren auf Streichung des zusätzlichen Triggers für das Inkrafttreten

§ 1 „~~oder freiwilligen Gaskennzeichnung....~~“ bzw u.a. in der
Erläuterung zu § 10 „~~sowie auf freiwilliger Basis ohne Überschreitung des Schwellwertes.~~“)

@ § 7 Gültigkeit von Nachweisen

Die Regelung des § 7 (2) samt der Erläuterung dazu ist unklar, da interpretationsfähig!

@ Abs 2:

Dem Wortlaut ist nicht klar zu entnehmen (ebenso wie im Text der StromkennzeichnungsVO) in welcher Periode die biogene Erzeugung und der Verbrauch/Zuordnung zu erfolgen hat (Jahreskongruenz vs Verordnungstext „folgenden Kalenderjahr“) bzw wann diese Zuordnungsfähigkeit verfällt. (siehe Vorgabe RED II)

@ Erläuterung:

Da es unseres Wissens keine reinen Biogasspeicher gibt, ist auch die Zuordnung von Zählpunkten einer reinen erneuerbaren Energieeinspeisung aus einem Gasspeicher nicht möglich. Der Vergleich mit Pumpspeicherkraftwerken hinkt damit leider.

@ Verfall:

Im Falle einer Inkraftsetzung der VO durch „Freiwilligkeit“, sehen wir eine Schlechterstellung von Versorgern, durch die zwingende Anwendung dieser Bestimmung.


Wir appellieren daher den Terminus „Freiwilligkeit“ genau zu definieren um diesen Trigger nicht auszulösen bzw diesen zu streichen.

Die Orientierungshilfe für eine Gaskennzeichnung nach Novellierung des GWG (insbesondere des § 130 Abs 10 GWG) braucht keine Inkraftsetzung durch „Freiwilligkeit“.


Abschließend möchten wir uns recht herzlich für den konstruktiven Diskurs bedanken. Wir hoffen für die Übergangszeit 2019 eine praktikable Lösung zu finden.

Mit freundlichen Grüßen

Energie Steiermark Business GmbH



GF Mag. Peter Oswald



iA Ing. Mag. Herwig Stöfán